

Sitzungsniederschrift

20. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 13.11.2018	Sitzungsbeginn: 15:04 Uhr	Sitzungsende: 16:38 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Gossel, Arnold	CDU	
Mitglieder		
Bargmann, Bodo	CDU	
Feldmann, Rainer	FDP	
Harms, Antje	SPD	
Ihnen, Hermann	SPD	Vertretung für Herrn Wiard Siebels
Jelken, Friedhelm	CDU	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Looden, Jan-Adolf	AfD	Vertretung für Herrn Holger Looden
Meyer, Alfred	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Röben, Hinrich	SPD	Vertretung für Frau Julia Feldmann
Roß, Helmut	Roß	
Grundmandat		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Verwaltung		
Hanekamp, Nicole		Protokollführerin
Saathoff, Irene		Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung
Weber, Harm-Uwe		Landrat

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Feldmann, Julia	SPD
Kleen, Barbara	SPD
Looden, Holger	AfD
Siebels, Wiard	SPD

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 16.10.2018
5. Einwohnerfragestunde
6. Dritter Budgetbericht für das Haushaltsjahr 2018
7. Zweite Beratung des Haushaltsplanes 2019
 - 7.1. Kreisumlage
8. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
9. Einwohnerfragestunde
10. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:**TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Gossel eröffnete um 15.04 Uhr die 20. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Gossel stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Röben nahm für die Abgeordnete Feldmann und Abgeordneter Jan-Adolf Looden nahm für den Abgeordneten Holger Looden an der Sitzung teil. Abgeordneter Ihnen vertrat den Abgeordneten Siebels.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Fassung festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 16.10.2018

Die Niederschrift über die 19. Sitzung des Finanzausschusses vom 16.10.2018 wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2
 ⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 Dritter Budgetbericht für das Haushaltsjahr 2018

Frau Saathoff erläuterte ausführlich den dritten Budgetbericht für das Haushaltsjahr 2018 gemäß der Anlage 1.

Abgeordnete Seelgen fragte im Zusammenhang mit den Mindererträgen bei der kommunalen Verkehrsüberwachung nach dem Grund.

Frau Saathoff informierte, dass die Fallzahlen durch ein verändertes Verkehrsverhalten rückläufig seien. Außerdem seien durch krankheitsbedingte Ausfälle weniger Kontrollen durchgeführt worden.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel erkundigte sich, wie hoch die Personalaufwendungen für die Bearbeitung der Leistungen für Bildung und Teilhabe seien.

Frau Saathoff wies darauf hin, dass der Budgetbericht der Ämter immer ohne Betrachtung der Personalaufwendungen sei. Wie hoch die Personalaufwendungen für die Bearbeitung der Leistungen der Bildung und Teilhabe seien, werde im Protokoll aufgenommen.

Anmerkung:

Die Personalaufwendungen für die Bearbeitung der Leistungen der Bildung und Teilhabe betragen für das Haushaltsjahr 2018 ca. 492.000 €. Die Aufwendungen werden zu 100 % vom Bund erstattet.

Abgeordneter Bargmann wollte wissen, ob bei den Leistungen für Unterkunft und Heizung im Teilhaushalt des Jobcenters bereits berechnet worden sei, welche finanziellen Auswirkungen die Anpassung des Mietspiegels auf den Haushalt des Landkreises habe.

Frau Saathoff teilte mit, dass sie prüfen werde, ob die Mittelanmeldungen 2019 die erhöhten Kosten der Unterkunft bereits beinhalten.

Anmerkung:

Gegenüber dem Vorjahr ist mit einer Stagnation der Anzahl der leistungsberechtigten Bedarfsgemeinschaften zu rechnen. Für das Haushaltsjahr wurde daher mit dem Durchschnittswert an Bedarfsgemeinschaften des I. Halbjahres 2018 kalkuliert. Weiter wurde eine allgemeine Preissteigerungsrate (+2%) in diesem Segment veranschlagt. Im Haushaltsjahr werden darüber hinaus keine Mehrkosten aus der Rechtsprechung des BSG zur Bruttokaltmiete sowie der Reform zum Unterhaltsvorschussgesetz erwartet. Jedoch wurden die zu erwartenden Preissteigerungen aus der Anpassung des Mietspiegels in den Plandaten berücksichtigt.

Zusammenfassend wies **Frau Saathoff** darauf hin, dass der Überschuss gemäß dem dritten Budgetbericht 2018 bei ca. 9,9 Mio. € liege.

Abgeordneter Looden wollte wissen, warum es zu erhöhten Personalaufwendungen komme, obwohl laut Budgetbericht krankheitsbedingte Ausfälle vorhanden seien.

Frau Saathoff wies darauf hin, dass beispielsweise der Tarifabschluss höher ausgefallen sei, als in der Haushaltsplanung noch angenommen worden sei.

Abgeordneter Jelken zeigte sich verwundert, dass im letzten Budgetbericht eine Überschreitung von 990.000 € prognostiziert wurde und jetzt berichtet werde, dass die Überschreitung nur noch 500.000 € betrage. Fraglich sei, wie es zu dieser Reduzierung gekommen sei.

Frau Saathoff informierte, dass die Hochrechnungen des Personalwesens zum Jahresende immer detaillierter werden. Das Ergebnis komme zum einen durch nicht besetzte Stellenanteile zustande. Daneben seien auch Langzeiterkrankte für geringe Personalaufwendungen ursächlich.

Abgeordneter Roß bat darum, die an die Gemeinden gewährte Entschuldungshilfe anders zu bezeichnen, da das Geld zum Teil genutzt werde, um weitere Schulden zu machen.

Landrat Weber sagte, dass es sich hierbei um eine offizielle Begrifflichkeit des Landes Niedersachsen handle, die nicht geändert werden könne.

Die vorläufige Berechnung des Finanzausgleichs und der Kreisumlage 2019 (Anlage 2) wurde an die Anwesenden verteilt.

Frau Saathoff erläuterte die Anlage 2. Die konkrete Höhe des kommunalen Finanzausgleichs für 2019 werde das Landesamt für Statistik mit den vorläufigen Grundbeträgen in der zweiten Novemberhälfte bekannt geben.

Der dritte Budgetbericht für das Haushaltsjahr 2018 wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 7 **Zweite Beratung des Haushaltsplanes 2019****TOP 7.1** **Kreisumlage**

Vorsitzender Gossel wies einleitend darauf hin, dass der Rat der Stadt Aurich eine Resolution zur Senkung der Kreisumlage beschlossen habe.

Landrat Weber führte aus, dass die Altfehlbeträge der kreisangehörigen Kommunen im Jahr 2018 noch rund 7,4 Mio. € (Gemeinden Baltrum, Großefehn, Hinte und Marienhafte) betragen. Der Landkreis habe zum Ende des Jahres 2017 noch einen voraussichtlichen Altfehlbetrag in Höhe von rund 28 Mio. €. Das Verhältnis zwischen Gemeinden und dem Landkreis sollte diesbezüglich auf jeden Fall gleich sein. Es sei wichtig, dass der Landkreis seinen Altfehlbetrag ebenfalls abbaue.

Die kreisangehörigen Kommunen hätten in den letzten Jahren ca. 19 Mio. Entschuldungshilfen vom Land erhalten, der Landkreis habe sich mit 2,57 Mio. € hieran beteiligt.

In diesem Jahr seien auf der Grundlage der aktuellen Kita-Vereinbarung ca. 7 Mio. € an die Gemeinden auszuführen. Aufgrund der positiven Jahresergebnisse des Landkreises hätten die Gemeinden im Jahr 2016 zusätzlich 1,13 Mio. € (0,55 KU-Punkte) erhalten. Aus dem Jahresergebnis 2017 würden die Gemeinden voraussichtlich 1,17 Mio. € (0,55 KU-Punkte) erhalten. In diesem Jahr gehe er von 2,16 Mio. € (1,1 KU-Punkte) zusätzlich aus. Die Zahlungen seien bislang noch nicht erfolgt. Weiterhin sei geplant, die Einsparungen des Landkreises bei der Tagespflege aufgrund der Gebührenfreiheit im Kita-Bereich (ca. 0,5 Mio. €) an die Gemeinden weiterzugeben. Die Gemeinden sollen einen Garantiebtrag in Höhe von 600.000 € erhalten. Die Verhandlungen mit den Bürgermeistern bezüglich des Abschluss einer neuen Vereinbarung seien noch nicht abschließend erfolgt.

Landrat Weber erläuterte weiter, dass die Jugendhilfe im Gegensatz zu anderen Landkreisen ausschließlich vom Landkreis wahrgenommen werde. Die Aufwendungen für die Jugendhilfe seien von 2010 bis 2018 um rund 20 Mio. € gestiegen.

Aufgrund der Übernahme der Sozialämter der Gemeinden und Städte im Jahre 2005 hätte die Kreisumlage seinerzeit um 2 % erhöht werden müssen, um den finanziellen Nachteil des Landkreises auszugleichen. Die Kreisumlage sei jedoch lediglich um 0,5 % angehoben worden.

Der Landkreis Aurich investiere in den nächsten Jahren rund 55 Mio. € in den Breitbandausbau. Bund und Land würden 31 Mio. € übernehmen, die Pachterträge würden ca. 6,5 Mio. € betragen, sodass der Eigenanteil des Landkreises voraussichtlich 17,5 Mio. € betragen werde. In den Landkreisen Leer, Wittmund und Emsland würden die Gemeinden jeweils zur Hälfte an den Ausbaucosten beteiligt werden. Würde man dieses Modell auf den Landkreis Aurich anwenden, würde auf die Gemeinden ein Anteil in Höhe von ca. 8,65 Mio. € bis 9,65 Mio. € entfallen.



Landrat Weber sagte, dass aus den vorgetragenen Gründen keine Senkung der Kreisumlage vorgenommen werden könne und hoffe auf Unterstützung. Außerdem sei der Landkreis Aurich in Niedersachsen nicht der Landkreis mit dem höchsten Hebesatz.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel fand die Vorbereitung der Sitzung unzureichend. Sie wünschte sich nähere Informationen im Vorfeld der Sitzung.

Der Landkreis Aurich gehöre wegen Enercon zu den einnahmestärksten Landkreisen. Man müsse berücksichtigen, dass das Geld, was der Landkreis an die Gemeinden zurückgebe, den Gemeinden vorher weggenommen worden sei. An der Entscheidung über die Zahlung der Verlustausgleiche an die Ubbo-Emmius-Klinik gGmbH seien die Gemeinden nicht direkt beteiligt worden.

Es wäre wichtig gewesen, zu wissen, welche Auswirkungen eine Kreisumlagesenkung auf die einzelnen Gemeinden habe. Die Erläuterungen des Landrates hätte sie gerne im Vorfeld gehabt.

Landrat Weber entgegnete, dass die vorgetragenen Daten von heute vorläufig seien. Die Information, welche Auswirkungen die Hebesatzsenkung auf die einzelnen Gemeinden habe, könne nach Vorliegen der neuen Grundbeträge bekannt gegeben werden.

Abgeordneter Meyerholz stimmte den Ausführungen der Abgeordneten Jeromin-Oldewurtel zu. Die vom Landrat vorgetragenen Zahlen hätte man im Vorfeld haben müssen. Es gebe zwar Landkreise mit einem höheren Kreisumlagehebesatz, aber auch Landkreise mit einem niedrigeren Hebesatz. Die Auswirkungen einer Hebesatzsenkung hätte man auf der Basis 2018 aus dem Vorbericht entnehmen können.

Die von Landrat Weber genannten Entschuldungshilfen an die finanzschwachen Gemeinden würden zum Teil dazu genutzt werden, Anteile an der EWE zu erwerben, um Zinsen zu bekommen. Diese Konstellation passe nicht zusammen.

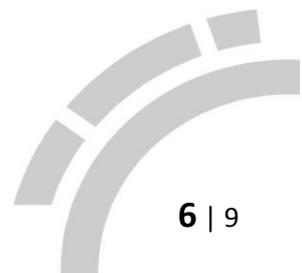
Er habe in der letzten Zeit die Verabschiedung der Haushaltssatzungen der Gemeinden in der Presse verfolgt. Alle Gemeinden würden sich über die Höhe der Kreisumlage beschweren. Die hohe Kreisumlage führe dazu, dass die Gemeinden die Steuern erhöhen müssen. Das könne nicht richtig sein.

In Bezug auf die Einsparungen des Landkreises in Höhe von 320.000 € für 2018 wegen der Gebührenfreiheit in Kitas monierte **Abgeordneter Meyerholz**, dass der Landkreis nicht so lange warten solle, sondern das Geld direkt an die Gemeinden auszahlen solle. Aus seiner Sicht sei das gesamte System so nicht in Ordnung.

Er erinnerte daran, dass die Kreisumlage in den Jahren 2006/2008 nicht gesenkt wurde. Dafür sei der Schullastenausgleich um 1,6 / 1,8 Mio. € erhöht worden. Durch diese Erhöhung hätten die anderen Gemeinden profitiert, die Stadt Aurich nicht.

Für ihn stehe eine Senkung der Kreisumlage völlig außer Frage, sowohl in seiner Funktion als Ratsmitglied der Stadt Aurich als auch als Kreistagsmitglied.

Frau Saathoff verwies auf die Ausgleichsfunktion des Landkreises. Die Stadt Aurich habe zurzeit eine Überschussrücklage in Höhe von 60 Mio. €, die Stadt habe Geld in der Rücklage, aber kein Geld auf dem Konto, da hiermit Investitionen finanziert seien.



Abgeordneter Meyerholz meinte, dass die Rücklage der Stadt nicht zur Verfügung stehe. Das stehe auch in der Haushaltsgenehmigung des Landkreises.

Abgeordnete Meyer fasste zusammen, dass die genauen Finanzausgleichsleistungen für das nächste Jahr erst Ende des Monats bekannt seien und auch die Personalaufwendungen noch nicht feststehen würden. Erst nach Vorliegen dieser Zahlen, könne detailliert über den Haushalt 2019 gesprochen werden. Bei den Investitionen 2019 bestehe aktuell ein Defizit in Höhe von rd. 22 Mio. € (= Kreditaufnahme).

Er machte deutlich, dass es Zeiten gegeben habe, in denen die Stadt Aurich im Vergleich zu den anderen kreisangehörigen Kommunen das 50-fache der Gewerbesteuer-einnahmen gehabt habe.

Landrat Weber erinnerte an die gute Entwicklung der letzten Jahre beim Landkreis und den Gemeinden. Er habe vermehrt Gespräche mit den Bürgermeistern geführt. Er habe das Gefühl, dass die Bürgermeister keine Priorität auf die Senkung der Kreisumlage setzen.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel konnte die Beratung zwischen dem Landrat und den Hauptverwaltungsbeamten nicht nachvollziehen. Die Hauptverwaltungsbeamten würden schließlich den Gemeindeparlamenten gegenüber stehen.

***Abgeordnete Harms** verließ den Sitzungsraum um 16.25 Uhr.*

Vorsitzender Gossel stellte zusammenfassend fest, dass die Abgeordneten die Informationen heute aufgenommen hätten und letztlich der Kreistag über den Kreisumlagebesatz zu entscheiden habe.

Abgeordneter Feldmann erkundigte sich, mit welchen Bürgermeistern Gespräche geführt worden seien.

Landrat Weber antwortete, dass die Gespräche mit den Gemeinden des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB) geführt worden seien. Die Stadt Aurich sei aus dem Städtetag ausgetreten und jetzt auch Mitglied im NSGB. Die Stadt Norden sei weiterhin Mitglied im Städtetag.

Abgeordneter Meyer machte deutlich, dass die Verschuldung des Landkreises im Blick gehalten werden müsse. Er verwies auf die finanzielle Ausgleichsfunktion des Kreises und sah die Höhe der Umlage daher als gerechtfertigt an, insbesondere da alle prozentual gleich belastet werden.

Abgeordneter Jelken erkundigte sich nach der weiteren Sitzungsplanung für die Haushaltsberatung 2019.

Frau Saathoff sagte, dass die Beratung des Stellenplanes zurzeit noch ausstehe. Termine für den Finanzausschuss seien für den 21. und/oder 28. Januar 2019 sowie den 12. Februar 2019 eingeplant. Ende Februar solle die Haushaltssatzung dann in der Sitzung des Kreistages beschlossen werden.

Landrat Weber informierte, dass die Erstellung des Stellenplanes noch etwas Zeit in Anspruch nehme, weil das neu eingerichtete Organisations- und Prozessmanagement des Inneren Dienstes eingebunden werde.



TOP 8 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

a) **Breitbandausbau**

Abgeordneter Looden monierte im Zusammenhang mit dem Breitbandausbau die sog. weißen Flecken in der Gemeinde Krummhörn.

Abgeordneter Roß informierte darüber, dass er einen Antrag bei der Gemeinde Krummhörn eingereicht habe, mit der Bitte, den Landkreis aufzufordern, die sogenannten weißen Flecken nachzumelden. Er fragte nach, warum diese Nachmeldung scheinbar nicht möglich sei.

Landrat Weber sagte, dass der Förderantrag an den Bund bestimmte Voraussetzungen erfüllen müsse. Er werde die Thematik mit dem Fachamt besprechen.

Anmerkung:

In Uttum und Visquard gibt es bzgl. der Unterversorgung ein Problem. Vor der Planung zur Internetversorgung, ist die Durchführung eines Markterkundungsverfahrens notwendig. Dieses gibt Telekommunikationsunternehmen die Möglichkeit, Gebiete eigenwirtschaftlich auszubauen. So war es auch in den Bereichen Uttum und Visquard.

Somit erstellt der Landkreis auf der Basis dieses Markterkundungsverfahrens eine Grobplanung und reicht diese beim Bundesfördermittelgeber ein, der diese Planungen in der Folge genehmigte.

Im Nachgang hielt dieses Telekommunikationsunternehmen die Ortschaften Visquard und Uttum jedoch nicht mehr für wirtschaftlich erschließbar und zog sich wieder zurück.

Das ist der Grund, warum die Ortschaften nicht in der geförderten Planung des Landkreises Aurich berücksichtigt werden.

Abgeordneter Feldmann erläuterte, dass im Vorfeld ein Markterkundungsverfahren durchgeführt worden sei. Ein Telekommunikationsanbieter habe für die entsprechenden Orte den Breitbandausbau angeboten. Im Nachhinein wollte das Unternehmen die Orte nicht anschließen. Dieses liege nicht in der Verantwortung des Landkreises.

b) **Definition von Zielen im Haushaltsplan**

Frau Saathoff erinnerte an die jährliche Diskussion bezüglich der Definition von Zielen im Haushaltsplan. In diesem Jahr sei ein Seminar für die Kreistagsabgeordneten organisiert worden. Die Teilnahme sei sehr gering gewesen.

Falls eine Änderung bei den Zielen vorgenommen werden sollte, müsse die Politik jetzt aktiv werden.

TOP 9 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 10 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzender Gossel schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer um 16.38 Uhr.

gez. Gossel
Vorsitzender

gez. Hanekamp
Protokollführerin